



FRANZÖSISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DES RATES DER EUROPÄISCHEN UNION 2008

Ergebnisse des informellen Treffens der für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zuständigen Minister

Pressemitteilung

Marseille, Donnerstag, den 16. Oktober 2008

Am 16. Oktober 2008 empfing Frankreichs Hoher Kommissar für aktive Solidarität gegen Armut Martin Hirsch im Rahmen der französischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union erstmals die für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zuständigen EU-Minister.

Zu einer Zeit, da 16% der Europäer unter der Armutsrisikogrenze leben und die weiter zunehmende Erwerbsarmut in der Europäischen Union inzwischen 8% der Bürger betrifft, die einen Arbeitsplatz haben, wollten die Minister ihr politisches Engagement zur Reduzierung der Armut erneut betonen. In diesem Zusammenhang debattierten die Minister über den Stellenwert der Armutsbekämpfung auf der politischen Agenda ihres Landes.

Das an den 7. Europäischen Runden Tisches zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung anknüpfende Ministertreffen befasste sich insbesondere mit der europäischen Strategie der aktiven Eingliederung und den für ihre Umsetzung notwendigen Mitteln. Ziel der europäischen Strategie der aktiven Eingliederung ist es, einen neuen Rahmen für koordinierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu schaffen, welcher um drei unteilbare und sich gegenseitig ergänzende Säulen herum aufgebaut ist: Beihilfen für ein ausreichendes Mindesteinkommen, integrationsfähige Arbeitsmärkte sowie Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Die Diskussionen der Ministern basierten auf den Ergebnissen, die von den Teilnehmern des Runden Tisches (Personen in Armut, europäische Netzwerke von Vereinen, Sozialpartner, Unternehmen, Vertreter der Gebietskörperschaften und der EU-Mitgliedstaaten) erarbeitet worden waren.

Nachdem sie die Hauptverantwortung der EU-Mitgliedstaaten für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung anerkannt hatten, brachten die Minister ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die Europäische Union einen Mehrwert beisteuert, vor allem indem sie zur gegenseitigen Verstärkung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategien beiträgt. Die EU-Mitgliedstaaten situierten sich mit Blick auf die Arbeiten für das Jahr 2010, Europäisches Jahr der Armutsbekämpfung, welches einstimmig beschlossen wurde.

Die Minister betonten einstimmig ihr Interesse für den **strategischen Ansatz der aktiven Eingliederung**, welcher auf die Eingliederung der dem Arbeitsmarkt fernsten Personen

abzielt. Sie begrüßten die Empfehlung und die Mitteilung der Kommission zur Strategie der aktiven Eingliederung, die am 3. Oktober 2008 vorgestellt wurden. Sie bekräftigten erneut ihre Verpflichtung, beim EPSSCO-Rat am 15. und 16. Dezember 2008 zu einer Einigung über **gemeinsame Prinzipien bei der aktiven Eingliederung** zu kommen, um die gemeinsame Wertebasis eines solidarischen Europas unter Respekt des Subsidiaritätsprinzips zu vervollständigen und zu modernisieren. Sie ermutigten den Sozialschutzausschuss, die Anwendung dieser gemeinsamen Prinzipien zu kontrollieren.

Die Minister betonten die **Notwendigkeit, geeignete Instrumente zur Umsetzung und zur Kontrolle der europäischen Strategie zur Armutsbekämpfung auszuarbeiten**, die in einer Diskussion auf der Grundlage der neuen Sozialagenda thematisiert werden müssen. Die Überlegungen zu diesen Themen müssen so konkret und innovativ wie möglich sein.

Die Festsetzung quantitativer Ziele auf nationaler Ebene erscheint einer großen Mehrheit als sachdienlicher Ansatz, der es, insbesondere im Hinblick auf das Europäische Jahr zur Armutsbekämpfung 2010, verdient, vertieft zu werden: entweder für die Gesamtheit der betroffenen Bevölkerung, oder für einzelne und genau definierte Bevölkerungsgruppen (Kinder, arme Arbeitnehmer). Zwischen interessierten Staaten könnten sich, mit Unterstützung des Sozialschutzausschusses, gemeinsame Überlegungen und Studien zu den jeder Situation angepassten Indikatoren entwickeln.

Interesse besteht zudem an einer Entwicklung von Versuchen in Sozialbereich auf freiwilliger Basis. Diese könnten im Rahmen der transnationalen Programme auf nationaler Ebene zu Themen wie Kinderbetreuung, finanzielle Eingliederung, Ausbildung, Zugang zu Obdachlosenunterkünften, soziale Eingliederung von ethnischen Minderheiten, Einwanderern und Roma usw.

Die eventuelle Gründung eines europäischen Netzwerks zum Austausch von geeigneten Praktiken wird im Rahmen der ersten Treffen für Versuche im Sozialbereich diskutiert, die am 21./22. November 2008 mit Unterstützung der Kommission, des Europäischen Sozialfonds und des Progress-Programms in Grenoble stattfinden.

Belgien, welches im Jahr der Armutsbekämpfung 2010 Gastland für den 9. Runden Tisch zur Armutsbekämpfung ist, hat bereits Pläne zur Organisation eines Ministertreffens bekanntgegeben.

Schließlich beschlossen die Minister angesichts der aktuellen Finanzkrise und der Unsicherheiten, welche bezüglich des Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union bestehen, dauerhaften Kontakt der 27 EU-Mitglieder zur Verfolgung der Entwicklungen in den Bereichen Armut und schutzbedürftige Personen beizubehalten. Frankreich und die Europäische Kommission schlugen des Weiteren vor, dass die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, eine Überwachungsgruppe zur zeitnahen Analyse der Armutssituation und bei Bedarf die für eine gemeinsame Reaktion notwendigen Einrichtungen gründen könnten.

Kontakt Kommunikationsdienst

Patrick Chanson

Kabinett des Hohen Kommissars für aktive Solidarität gegen Armut

0033 1 44 38 14 17

Patrick.chanson@pm.gouv.fr